



t.818-56 ZEV

30. September 1993

Adressaten gemäss Verteiler

**Bericht der Schweizer Delegation über das zweite Treffen zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Kampf gegen die Desertifikation.  
 Genf, 13. - 24.9.1993**

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegend übermitteln wir Ihnen den randerwähnten Bericht. Auf Wunsch sind wir gerne bereit, einzelne Punkte zu detaillieren, resp. Kopien von Informationsdokumenten, Teilnehmerlisten, Tagesordnungen etc. zu erstellen.

Mit freundlichen Grüssen

Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe  
 i.A.

A. Bisaz

Beilagen erwähnt

**LX - 5. Okt. 93 12**  
 Verteiler:

- Alle Botschaften und Missionen
- Alle Koordinationsbüros der DEH
- EDA: DIO, z.H.v. Herrn C.-G. Ducret  
 Politische Abteilung II, z.H.v. Herrn M. Aeschbacher  
 Direktion für Völkerrecht, z.H.v. Herrn Husy
- EDI: BUWAL, z.H.v. Herren R. Lamb und A. Semadeni
- EVD: BAWI, z.H.v. Herrn S. Flückiger  
 BLW, z.H.v. Herrn I. Marinček
- DEH: GI, CP, WR, EZ/GW, RH/CHV, ZEV



## **Zweites substantielles Treffen der Konferenz zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Kampf gegen die Desertifikation**

### **Bericht der Schweizer Delegation**

#### **1. Einführung**

Vom 13. bis 24. September 1993 fand in Genf das zweite substantielle Treffen des "Comité Intergouvernemental de négociation pour l'élaboration d'une convention internationale sur la lutte contre la désertification dans les pays gravement touchés par la sécheresse et/ou la désertification, en particulier en Afrique (CIND)" statt. Ein erstes Treffen zur Ausarbeitung der Desertifikationskonvention, welches neben einem allgemeinen Informationsaustausch über die technischen Aspekte der Desertifikation erste politische Konsultationen umfasste, hatte vom 24. Mai bis zum 4. Juni 1993 in Nairobi stattgefunden (vgl. den entsprechenden Bericht der Schweizer Delegation). Das Genfer Treffen diente einer weiteren Sondierung der Konvergenzen in diesem Bereich, um über eine langsame Annäherung der Standpunkte schliesslich zu einem ausgewogenen Konventionstext zu gelangen. Die Diskussionen wurden auf der Grundlage eines vom Sekretariat erstellten, 85-seitigen Papiers "Compilation of Government Views, Statements and Drafting Proposals" geführt, welches eine erste Übersicht über die verschiedenen Positionen lieferte. Die anlässlich des Nairobi-Treffens aufgebrochenen Gegensätze führten indes in Genf erneut zu grossen Schwierigkeiten.

Der Schweizer Delegation an diesem Treffen gehörten A. Bisaz (DEH), C.-G. Ducret (DIO) und V. Zellweger (DEH) an. Die Entschliessung des Genfer Treffens sowie die Hauptintervention der Schweizer Delegation zu den Finanzmechanismen finden sich in Beilage.

#### **2. Inhalt der Konvention**

Schon aus der Zusammenstellung der verschiedenen Standpunkte durch das Sekretariat liess sich ersehen, dass über die grundsätzlichen Aspekte der Desertifikation elementare Meinungsverschiedenheiten bestehen. (So schlug beispielsweise die OAU, welche sich an der Übung mit zahlreichen Vorschlägen ausserordentlich aktiv beteiligte, neben Preisgarantien, dem Einführen "gerechter Preise" auch feste finanzielle Verpflichtungen der Vertragsparteien von 0.7 % ihres Bruttosozialproduktes für die EZ vor).

Die Diskussion des Papiers wurde in zwei Arbeitsgruppen geführt. Die Arbeitsgruppe I befasste sich mit der Behandlung folgender Bestimmungen: Präambel, Grundsätze, Ziele und Verpflichtungen (vor allem Finanzmechanismus und Capacity-Building). Der Auftrag an die Arbeitsgruppe II umfasste die Besprechung der Definitionen, institutionelle, technische, wissenschaftliche und Verwaltungs-Aspekte, Forschung, Informationsbeschaffung sowie juristische Fragen. Sehr schnell zeigte sich indessen, dass über konkrete Formulierungen so lange nicht gesprochen werden kann, als über die Ausgestaltung der Substanz des Abkommens keine Einigkeit besteht. Die Arbeit in den Gruppen konzentrierte sich damit auf die Diskussion der umstrittenen Punkte, ohne dass in allen Fragen eine definitive Klärung gefunden, geschweige denn eine bestimmte Wortwahl festgelegt werden konnte. Weitgehende Übereinstimmung herrschte über die Ziele der Konvention, welche möglichst knapp und präzise gehalten werden sollen, sowie über die Bedeutung des Capacity-Building, der Erziehung und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit (public awareness).

### 3. Kontroverse Punkte

Grundlegende Divergenzen zeigten sich insbesondere in folgenden Fragen: (a) Finanzmechanismus, (b) regionale Instrumente und (c) globale Dimension der Desertifikation.

#### a) *Finanzmechanismus.*

Alle Parteien waren sich einig, dass bestehende bi- und multilaterale Finanzmittel im Bereich der Desertifikation zwar weiterhin zu verwenden und in eine Konvention einzubeziehen, aber effizienter auszugestalten und aufeinander abzustimmen seien. In diese Bemühungen müsste auf multilateraler Ebene auch vermehrt ein reformiertes GEF einbezogen werden. Unterschiedliche Auffassungen bestanden hingegen darüber, ob für die Zwecke der Konvention neue, zusätzliche Geldmittel vorzusehen seien. Während die G 77 auf diesem Standpunkt beharrte, sprachen sich die Industriestaaten eher dagegen aus. Dass sie diese Position aber durchaus zu differenzieren bereit sind, zeigten Stellungnahmen, wonach zumindest bis zur Einigung über die Substanz der Konvention keine festen finanziellen Zusicherungen gemacht werden können. Auch die Schweiz sprach sich in ihrer Intervention (s. Beilage) für einen qualitativen statt quantitativen Approach aus und zeigte sich bereit, weiterhin Gelder zur Finanzierung von Programmen zur Verfügung zu stellen. Vorgängig müssten aber - wie im Falle der Biodiversität geschehen - die bestehenden Bestrebungen durch das Sekretariat inventarisiert werden.

#### b) *Regionale Instrumente.*

Schon in Nairobi hatte sich gezeigt, dass die Ausgestaltung der regionalen Instrumente eines der zentralen Themen der Verhandlungen sein würde. Die Hauptschwierigkeit bildet die afrikanische Priorität der Konvention, wie sie in der GV-Res. 47/188 vom 22. Dez. 1992 klar niedergelegt ist. Sperrten sich in Nairobi vor allem die Brasilianer gegen eine solche Bevorzugung, scheint sich in der Zwischenzeit die Opposition in der G 77 konsolidiert zu haben. Der Graben zwischen Afrikanern und den übrigen Mitgliedern der G 77 drohte die Einheit der Gruppe derart stark zu gefährden, dass eigens ein Kolumbianer (als Vertreter des Vorsitzstaates) zur Rettung der unité de doctrine aus New York anreiste. Unter Druck geraten, zeigten sich die Afrikaner bereit, ihre Priorität zu relativieren, wenn nicht gar darauf zu verzichten. Das mag einerseits auf ihren Wunsch, die Geschlossenheit der G 77 nicht aufs Spiel zu setzen, oder aber darauf zurückzuführen sein, dass sich die afrikanischen Staaten in Genf grösstenteils nicht durch entscheidungsbefugte Beamte vertreten liessen. Tatsächlich schienen vielen afrikanischen Delegationen die politischen Implikationen des Verzichts auf die Priorität weniger schwer zu wiegen als die möglichst rasche und wirksame Bekämpfung der Wüstenbildung. Vertreter der WEOG-Staaten, welche ausdrücklich auf der bevorzugten Behandlung Afrikas beharrten, zeigten sich überzeugt, dass die Diskussionen im New Yorker Rahmen politischer geführt worden wären und die afrikanische Priorität, entsprechend der GV-Res. 47/188, stärkere Gewichtung gefunden hätte.

Eine als "Brainstorming" bezeichnete Diskussion in der Arbeitsgruppe II sollte schliesslich eine erste Klärung der Positionen in dieser Frage ermöglichen, tat es aber nicht. In der Frage selbst bleibt damit weiterhin unklar, in welcher Form die Regionen behandelt werden (Protokolle oder Anhänge) und ob das afrikanische Instrument vor den übrigen, oder ob sie alle gleichzeitig fertiggestellt werden. Im Inhalt sowie der finanziellen Ausgestaltung sollen sich die Instrumente "ähnlich" (similar) sein. Die Fertigstellung aller Instrumente auf Juni 1994 wurde indessen allgemein ausgeschlossen.

### c) *Globale Dimension der Desertifikation?*

Die längsten und schwierigsten Diskussionen ergaben sich im Zusammenhang mit der "globalen Dimension" der Desertifikation. Den Anlass dazu bot die Verabschiedung einer Entschliessung des Genfer Treffens (s. Beilage), welche vom Präsidenten eingeführt worden war. Darin ist die Empfehlung an die 48. GV enthalten, einen im Anhang der Entschliessung enthaltenen Resolutionsentwurf zu verabschieden, welcher vor allem die Finanzierung des CIND-Sekretariates über den Juni 1994 hinaus sicherstellen soll. In der Substanz unbestritten, taxierten insbesondere die WEOG-Mitglieder, darunter auch die Schweiz, die Entschliessung als überflüssig. Kontraproduktiv aber war sie deshalb, weil sie als rein prozedurale Angelegenheit Anlass zu substantiellen Diskussionen gab, welche viel wertvolle Verhandlungszeit beanspruchten und keinen Fortschritt in der Sache brachten.

Der Streit entzündete sich an der Formulierung der Präambel (jeweils 3. Absatz der Entschliessung und des Anhanges). In bezug auf den Charakter der Desertifikation hielt die G 77 am Wort "global" fest, weil es (a) Aussicht auf Öffnung eines 5. Fensters des GEF bietet, (b) den Einbezug unterschiedlichster Aspekte ökonomischer (vgl. die oben genannten OAU-Vorschläge), sozialer (Armutsbekämpfung) und politischer Natur ("intrinsic political values") in die Konvention erlaubt und (c) mit dem Hinweis auf die klimatischen Ursachen der Desertifikation die Verantwortung der Industriestaaten zu untermauern hilft. Aus all diesen Gründen und weil es die afrikanische Priorität zu verwässern schien, verwehrte sich die WEOG (unter der ausserordentlich kompetenten Führung der australischen Botschafterin Penelope Wensley) ebenso strikte gegen die Nennung des Wortes.

Als sich die Möglichkeit einer Abstimmung über den Text oder eines Rückzugs der Entschliessung abzuzeichnen begann, wurde von den Koordinatoren der Ländergruppen hinter den Kulissen ein Kompromiss ausgehandelt. Dieser enthält zwar das Wort "global", schränkt es aber durch den Bezug auf die Agenda 21 und eine erläuternde Begründung ein ("*Recalling that agenda 21 ... recognizes desertification as a problem of global dimension, in that it affects one sixth of the world population and one quarter of the total land area of the world...*").

Dass die Divergenzen damit nur notdürftig übertüncht wurden und die Konferenz voraussichtlich noch weiter beschäftigen werden, zeigte sich in den anschliessenden Erklärungen der verschiedenen Gruppen: Australien wiederholte im Namen der WEOG das Verständnis von "global" als "worldwide" ohne weitere Implikationen und betonte, dass der Entschliessung kein präjudizieller Charakter für die Konvention zukomme. Die USA, Japan und Belgien im Namen der EG schlossen sich dem an, wobei die EG festhielt, dass für sie weiterhin die GV-Res. 47/188 die Leitlinie für die Verhandlung abgebe. Die G 77, vertreten durch Kolumbien, präsentierte erneut den ganzen Fächer von Implikationen und Forderungen, welche sich in ihren Augen aus dem Wort "global" ableiten lassen. Indien und El Salvador (für die Lateinamerikaner) unterstützten diese Sichtweise. Kenya verlor sich im Namen der Afrikaner, eingeklemmt zwischen Afrikas Priorität und den "globalen" Ansprüchen der G 77, in unverbindlichen Formeln, sprach sich aber doch für ein besonderes Instrument für Afrika aus "*which will be annexed to and forms an integral part of the Convention*".

## 4. Wertung

Liessen sich in Genf übereinstimmende Interessen in vielen Punkten ausmachen, beschränkten sich diese eher auf Randbereiche oder allgemeine Grundsätze des Übereinkommens. Viel Arbeit wird daher noch auf die konkrete Ausgestaltung der Konvention sowie die Behebung der fundamentalen Meinungsverschiedenheiten aufzuwenden sein. In Genf wurde kostbare Verhandlungszeit mit rein prozeduralen Fragen vertan, was die Vorsitzende der 2. Arbeitsgruppe in ihrem Schlussbericht zum Kommentar veranlasste, das nächste Treffen möge "fruchtbarer" sein. Konkreter wird es auf jeden Fall sein müssen, soll der Fahrplan bis Juni 1994 eingehalten werden.

## 5. Weitere Schritte

Das Sekretariat wird aufgrund der Diskussionen einen Konventionsentwurf ausarbeiten, welcher Anfang Dezember zur Verfügung stehen sollte. Von einem solchen Entwurf kann man in Anbetracht der Meinungsverschiedenheiten bestenfalls einen "heavily bracketed" Text und schlechtestenfalls eine weitere Kompilation der zahlreichen Standpunkte versprechen. Zumindest in der Frage der regionalen Instrumente will der Präsident bis dahin in informellen Gesprächen die Gemüter etwas zu besänftigen und eine Kompromisslösung anzustreben versuchen. Selbst wenn ihm dies gelänge, verbleibt mit den übrigen Streitpunkten noch genügend Zündstoff für das New Yorker Treffen im Januar. Dann werden - anders als in Genf - erste Entscheide gefällt werden müssen, soll die Zeitlimite von Juni 1994 zur Fertigstellung der Konvention eingehalten werden. Weitere Punkte, welche in Genf nicht vertieft behandelt (institutionelle Ausgestaltung, Technologietransfer) oder aber vertagt wurden (Definitionen, Schlussklauseln), bergen in dieser Hinsicht noch einige Stolpersteine. Auch die Fragen des monitoring (UNEP für die technischen Aspekte, UNSO für die operationellen?) und des Sitzes des Sekretariates blieben beim Genfer Treffen noch offen.

Zwischenzeitlich werden auch zwei der vier Fallstudien vorliegen. Die tunesische soll schon in der nächsten Zeit verfügbar sein, die westafrikanische gegen Ende Jahr. Die beiden anderen, die süd- und die ostafrikanische, scheinen sowohl in zeitlicher wie in qualitativer Hinsicht Probleme zu bereiten. Neuestens wird auch eine Israel, Jordanien und Palästina betreffende "Regionalstudie" diskutiert. Die Schweiz hat - Zustimmung der Parteien vorausgesetzt - ihr Interesse bekundet, eine solche Studie finanziell zu unterstützen.

Annexe A

Monsieur le Président,

La délégation suisse estime que ce thème est indéniablement un des plus importants et un des plus délicats de la Convention. Son examen et la finalisation des positions nationales dans ce domaine nécessiteront encore bien de travaux. Il est à notre avis également nécessaire de voir plus clair dans le contenu de la convention et celui des instruments envisagés pour pouvoir avancer de manière plus précise sur ce terrain. Il ne nous paraît donc guère possible aujourd'hui que de formuler des idées relativement générales et de proposer des étapes qu'il nous paraît nécessaire de franchir pour pouvoir progresser.

Monsieur le Président,

La désertification n'est pas un phénomène nouveau et notre convention ne marquera pas le premier pas dans la lutte contre ce fleau: les pays affectés n'ont pas attendu la convention pour agir, seuls ou en coopération avec des pays donateurs.

Même si les résultats n'étaient pas toujours satisfaisants, ce que venait de nous rappeler M. Kansas hier, il nous paraît judicieux, avant d'entrer trop dans le détail des questions de ressources et mécanismes financiers, de dresser un inventaire de la situation pour, comme l'avait suggéré la délégation américaine, avait plus de connaissances et d'informations. Nous proposons donc que le Secrétariat - comme on l'a fait pour la convention sur la Biodiversité - soit chargé de dresser un inventaire des ressources et mécanismes existants. L'objectif d'un tel inventaire paraît être double: d'une part comparer les besoins aux ressources disponibles, d'autre part permettre - tant pour les pays affectés que pour les pays donateurs - une meilleure exploitation, une utilisation plus rationnelle et éventuellement une autre priorisation de ce qui existe déjà.

Ceci nous amène à favoriser une approche de lutte contre la désertification qui soit bien plus qualitative que quantitative. Et pour de tels programmes de qualité, efficaces, favorables aux populations locales, la Suisse est prête, comme par le passé, à apporter son soutien. Le flux des fonds devra, à notre avis, se faire en fonction des programmes à réaliser de préférence à travers des instruments existants. Aussi, les propositions tendant à fixer des caractéristiques et procédures de nouveaux mécanismes nous semblent prématurées et peu adéquates. Nous pensons aussi, Monsieur le Président, que notre travail ne se mesure pas à l'... de % du PNB et que ce point ne devrait pas faire part de notre convention.

Nous soutenons cependant fermement l'approche intégrée, le "package approach" évoqué au point 102, comprenant des apports de tous les partis concernés, populations, gouvernements, ONGs, agences multilatérales de GEF renouvelé, donateurs, et milieux privés. Ce propos nous ramène d'ailleurs à la proposition d'inventaire que nous avons suggérée il y a quelques instants.

Pour terminer, permettez-moi, Monsieur le Président, de signaler que la Suisse a participé à plusieurs opérations de desendettement et souhaite que ce genre d'opérations soit utilisé de façon croissante pour combattre la désertification.



## General Assembly

Distr.  
LIMITEDA/AC.241/L.14\*  
23 September 1993

ORIGINAL: ENGLISH

INTERGOVERNMENTAL NEGOTIATING COMMITTEE FOR  
THE ELABORATION OF AN INTERNATIONAL CONVENTION  
TO COMBAT DESERTIFICATION IN THOSE COUNTRIES  
EXPERIENCING SERIOUS DROUGHT AND/OR  
DESERTIFICATION, PARTICULARLY IN AFRICA  
Second session  
Geneva, 13-24 September 1993  
Agenda item 3

ELABORATION OF AN INTERNATIONAL CONVENTION TO COMBAT  
DESERTIFICATION IN COUNTRIES EXPERIENCING SERIOUS DROUGHT  
AND/OR DESERTIFICATION, PARTICULARLY IN AFRICA

Draft decision submitted by the Chairman on the basis of  
informal consultations held on draft decision A/AC.241/L.12

The International Intergovernmental Negotiating Committee,

Recalling General Assembly resolution 47/188 of 22 December 1992, establishing the Intergovernmental Negotiating Committee for the elaboration of a Convention to combat desertification in those countries experiencing serious drought and/or desertification, particularly in Africa, with a view to finalizing such a convention by June 1994,

Recalling also decision 2/1 adopted by the Committee on 13 September 1993, in particular para 1.c thereof,

Recognizing that, in view of the global dimension and the complexity of the problems relating to desertification and/or drought and of the particular conditions affecting each region, including regions other than Africa, an effective Convention should deal with the specific needs of each region, particularly in Africa.

1. Decides to recommend for adoption by the General Assembly at its forty-eighth session, the draft resolution contained in the Annex to the present resolution;
2. Decides also to establish at its third session a programme of work for the final stages of the negotiation, including the elaboration of regional instruments, in conformity with decision 2/1, and the adoption of a decision on interim arrangements for the period leading up to the first session of the Conference of the Parties;
3. Requests the Secretariat to continue to support the preparation of a regional instrument on Africa and similar instruments for Asia and Latin America and the Caribbean, as well as to take into account other affected regions;
4. Requests the Chairman of the Intergovernmental Negotiating Committee to report to the General Assembly on the progress of the negotiations;

\*/ Re-issued for technical reasons.

- 2 -

AnnexThe General Assembly,

Recalling its resolutions 44/172 of 19 December 1989, 44/228 of 22 December 1989 and other relevant General Assembly resolutions, as well as decisions adopted by the United Nations Conference on Environment and Development, in particular the recommendation by which the Conference invited the General Assembly to establish, under its auspices, an intergovernmental negotiating committee for the elaboration of an international convention to combat desertification in those countries experiencing serious drought and/or desertification, particularly in Africa,

Recalling its resolution 47/188 of 22 December 1992 by which it established the Intergovernmental Negotiating Committee for the Elaboration of <sup>an</sup> ~~the~~ Convention to Combat Desertification in those Countries Experiencing Serious Drought and/or Desertification, particularly in Africa, with a view to finalizing such a convention by June 1994,

~~Recognising that desertification and/or drought affects all continents and is thus a problem of global dimension~~ and that concrete measures have to be taken in all regions, particularly in Africa, within the framework of the Convention, cf. p. 4

Reiterating the objective that the Convention be finalized by June 1994, and that it shall be implemented as soon as possible,

Taking note with appreciation of the work of the Intergovernmental Negotiating Committee at its first and second substantive sessions;

Having considered the report of the Secretary-General concerning the progress of the negotiations on the Convention,

1. Urges the Intergovernmental Negotiating Committee to successfully complete the negotiations by June 1994, in accordance with resolution 47/188;
2. Decides that the Intergovernmental Negotiating Committee shall hold one session after the adoption of the Convention in order to review the situation in the interim period pending the entry into force of the Convention, in particular with regard to the implementation of provisions adapted to the specific needs of each region;
3. Further decides that the session of the Intergovernmental Negotiating Committee after the adoption of the Convention, should be held not later than 31 January 1995; and requests the Secretary-General to make appropriate arrangements for the functioning of the ad hoc secretariat and the multidisciplinary panel of experts to service that session;
4. Also decides that the negotiating process shall continue to be funded through existing United Nations budgetary resources, without negatively affecting its programmed activities, and through voluntary contributions to the trust fund established pursuant to its resolution 47/188 specifically for that purpose for the duration of the negotiations and administered by the head of the ad hoc Secretariat under the authority of the Secretary-General, with the possibility of carrying over resources contributed from one fiscal year to the other;
5. Takes note of the contributions of the United Nations Development Programme, the United Nations Sudano-Sahelian Office, the United Nations Environment Programme, the Food and Agriculture Organization, the United Nations Conference on Trade and Development, the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, the World Meteorological Organization, the International Fund for Agricultural Development and other relevant international organizations dealing with desertification, drought and development to the work of the Intergovernmental Negotiating Committee in the conduct of its mandate and invites them to continue to provide such support;



6. Takes note with appreciation of the initial contributions made to the trust fund and invites Governments, regional economic integration organizations and other interested organizations, including non-governmental organizations, to continue their support for the fund;
7. Invites the international community, in particular the developed countries, and other countries in a position to do so, to make voluntary contributions to the INCD Secretariat and/or UNSO/UNDP and any other relevant international and regional organizations to allow them to assist countries affected by drought and/or desertification in all regions, particularly in Africa, in their preparation for the negotiating process.
8. Takes note with appreciation of the contributions made to the special voluntary fund established pursuant to its resolution 47/188 to assist developing countries affected by desertification and drought, in particular the least developed countries, to participate fully and effectively in the negotiation process, and invites Governments, regional economic integration organizations and other interested organizations, including non-governmental organizations, to continue to contribute generously to this fund;
9. Further takes note of the arrangements made by the Secretary-General and of the welcome support of relevant or interested organizations, organs, programmes and concerned agencies of the United Nations system and intergovernmental, sub-regional and regional organizations in the work of the Intergovernmental Negotiating Committee and invites them to continue to participate actively in the work of the Intergovernmental Negotiating Committee in the future;
10. Urges Governments to continue to organize, in close collaboration with the regional commissions and national, sub-regional and regional organizations, activities to support the process of the Intergovernmental Negotiating Committee, involving the scientific and industrial communities, trade unions, the relevant non-governmental organizations and other interested groups;  
*as appropriate*
11. Takes note of the assistance provided by the United Nations Sudano-Sahelian Office\UNDP to the countries covered under its mandate in their preparations for and participation in the negotiating process and invites the Office to continue to support the governments concerned and to continue to mobilize resources for this purpose;
12. Further takes note of the constructive contribution of relevant non-governmental organizations to the success of the negotiating process, in accordance with the rules of procedure of the Intergovernmental Negotiating Committee and taking into account procedures used in the process of the United Nations Conference on Environment and Development, and encourages them and particularly non-governmental organizations from developing countries, to continue to contribute to the success of the negotiating process;
13. Reiterates its request to the Chairman of the Intergovernmental Negotiating Committee to continue to submit progress reports on the negotiations to the Commission on Sustainable Development and other appropriate bodies;
14. Requests the Secretary-General to bring the present resolution to the attention of all Governments, relevant intergovernmental and non-governmental organizations, as well as scientific and other institutions concerned;
15. Also requests the Secretary-General to submit to the General Assembly at its forty-ninth session a report on the implementation of the present resolution;

16. Decides to include in the provisional agenda of its forty-ninth session a sub-item entitled "Elaboration of an international convention to combat desertification in those countries experiencing serious drought and/or desertification, particularly in Africa" under an agenda item entitled "Implementation of decisions and recommendations of the United Nations Conference on Environment and Development".

**Annex, Preamb. new para 3 reads:**

Recalling that agenda 21, chapter 12, in particular para 12.1-4, recognizes desertification and/or drought as a problem of global dimension, in that it affects one sixth of the world population and one quarter of the total land area of the world and requires a broad response, as set out in para 12.4 of agenda 21, and that concrete measures have to be taken in all regions, particularly in Africa, within the framework of the Convention.